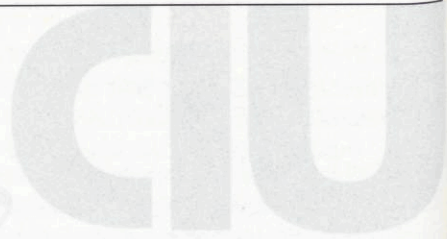




### Für eine moderne und leistungsstarke Bundeswehr

Hintergrund-  
Informationen  
zur Bundeswehr-  
Aktion der CDU –  
Synopsis der  
unterschied-  
lichen Reform-  
vorstellungen

Stand: 18. Januar 2001



Angela Merkel:

Vorsprung für Deutschland – das ist das Ziel unserer  
Politik für die Menschen in Deutschland. Neues Regieren  
2002 – das ist die Voraussetzung zur Erreichung dieses

**Themen:**

- |   |          |
|---|----------|
| 1. Struktur der Bundeswehr/Personal                                 | Seite 4  |
| 2. Wehrpflicht  | Seite 5  |
| 3. Finanzierung/Verteidigungsetat                                   | Seite 6  |
| 3.a Gesellschaft für Entwicklung,<br>Beschaffung und Betrieb (GEBB) | Seite 8  |
| 4. Standorte der Bundeswehr   | Seite 9  |
| 5. Streitkräftebasis  | Seite 10 |
| 6. Frauen in der Bundeswehr   | Seite 11 |

Für eine moderne  
und leistungstarke  
Bundeswehr

## Einführung:

Seit Monaten betreibt Verteidigungsminister Rudolf Scharping den Umbau der Bundeswehr. Was er selbst die größte Reform der Bundeswehr in ihrer Geschichte nennt, ist tatsächlich ein aus der Not geborener Kahlschlag. Die deutsche Verteidigungspolitik folgt nicht sicherheitspolitischen Erwägungen, sondern dem Eichel-schen Finanzdiktat. Die rot-grüne Bundesregierung betreibt Sicherheitspolitik nach Kassenlage.

Kurz nachdem Scharping sein Amt als Bundesverteidigungsminister angetreten hatte, behauptete er, die Bundeswehr sei unterfinanziert und nicht mehr bündnisfähig. Eine Reform sei nötig, der Investitionsstau von 20 bis 30 Mrd DM aus der Zeit der Vorgängerregierung müsse in den nächsten 10 Jahren aufgelöst werden. Wie im Koalitionsvertrag der rot-grünen Regierungskoalition vorgesehen, berief er eine Wehrstrukturkommission ein, die sog. Weizsäcker-Kommission. Vertreter der Soldaten und zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr waren in der Kommission nicht vertreten, die am 23. Mai 2000 ihren Bericht vorlegte. Obwohl Scharping bei allen Gedanken über einen Umbau der Bundeswehr stets darauf verwiesen hatte, er werde das Thema „Reform der Bundeswehr“ erst diskutieren, wenn die Wehrstrukturkommission ihre Ergebnisse vorgelegt habe, hatte er die Vorschläge der Weizsäcker-Kommission schon an dem Tag verworfen, als sie offiziell vorgestellt wurden.

Nachdem Scharping im Vorfeld der Veröffentlichung der Kommissionsvorschläge gemerkt hatte, dass die Wehrstrukturkommission nicht in die von ihm gewünschte Richtung dachte, zog er die Notbremse und gab auch dem damaligen Generalinspekteur

der Bundeswehr von Kirchbach kurzfristig den Auftrag, über den Umbau und die Zukunft der Bundeswehr ein Konzept zu erarbeiten. Aber auch dieses Reformkonzept vom 23. Mai 2000 verwarf Scharping kurzer Hand. Wenig später entliess Scharping General von Kirchbach unter dubiosen Umständen, obwohl er noch kurz zuvor ein Entlassungs-gesuch von Kirchbachs abgelehnt hatte.

Am 1. Juni 2000 legte Scharping ein eigenes Konzept zum Umbau der Bundeswehr vor, das seitdem in größter Eile vorangetrieben wird. Die notwendige Debatte im Deutschen Bundestag und in der Öffentlichkeit fand nur unzureichend statt, war offenbar nicht gewollt. Am 11. Oktober 2000 stellte Scharping die sogenannte „Grobplanung“ vor, in der neben den bereits im Sommer genannten Zielen nun auch die ersten konkreten Strukturen für die Zukunft der Bundeswehr aufgezeigt wurden. Doch wird selbst aus den Reihen der Bundeswehr (z.B. bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr am 14. Nov. 2000) die Befürchtung geäußert, dass Scharping zu schnell und zu viel auf einmal verändern wolle und er deshalb Gefahr laufe, bei dem Umbau der Bundeswehr Fehler zu begehen.

Insbesondere die Finanzierung der Scharpingschen Vorhaben steht im Zentrum der Kritik. Entgegen den Versprechungen, die Bundeskanzler Schröder dem Verteidigungsminister zu Beginn der Legislaturperiode gemacht hat, wurde der Verteidigungsetat konstant gekürzt – und er schrumpft weiter von 47,5 Mrd DM im Jahr 1999 auf 45,7 DM im Jahr 2003. Im Vergleich zur Mittelfristigen Finanzplanung der ehemaligen Bundesregierung werden der Bundeswehr in 4 Jahren ca. 20 Mrd DM entzogen.

Scharping versucht, die Finanzkürzungen zumindest zum Teil dadurch aufzufangen, dass er Kooperationen mit der Privatwirt-

schaft eingeht, interne Betriebsabläufe weiter optimieren will und Vermögensgegenstände der Bundeswehr (z.B. Rüstungsmaterial und Liegenschaften) verkaufen möchte. Er hofft, aus diesen Aktivitäten schon für den Haushalt des Jahres 2001 1 Mrd. DM erwirtschaften zu können. Obwohl er diese Vorhaben mehrfach medienwirksam angekündigt hat, ist er bislang den Nachweis schuldig geblieben, die erhofften Summen wirklich erzielen zu können. Die im Verteidigungsetat fest eingeplanten Privatisierungserlöse sind bislang reine Luftbuchungen und setzen auf das „Prinzip Hoffnung“.

Die Fakten machen deutlich: Der Verteidigungsetat ist für die rot-grüne Bundesregierung der Sparstrumpf für den Bundeshaushalt. Einer, der es wissen muss – nämlich der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Oberst Bernhard Gertz – hat ein vernichtendes Urteil gefällt: „Es ist offensichtlich: Diese Bundesregierung hat mit der Bundeswehr nichts am Hut.“

Die CDU versteht sich traditionell als Sachwalterin der Interessen der Soldaten und der Zivilbediensteten der Bundeswehr. Deshalb spricht sich die CDU für eine moderne und leistungsstarke Bundeswehr aus, die für die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen gewappnet ist. Eine verantwortungsvolle Verteidigungspolitik darf nicht vom Rotstift des Finanzministers diktiert werden. Sicherheit hat ihren Preis, sie ist nicht zum Nulltarif zu haben.

## 1. Struktur der Bundeswehr/ Personal

### Ist-Stand

- **ca. 315.000 Soldaten**, davon 189.000 Berufs- und Zeitsoldaten, 105.600 Wehr-

dienstleistende und 20.500 freiwillig länger Dienende (plus 2.000 Wehrübende); **Soll-Stand:** 340.000 Soldaten; davon insgesamt 60.000 Krisenreaktionkräfte

- **ca. 130.000 Zivile Mitarbeiter; Soll-Stand:** 143.000 Zivilbedienstete
- **Gesamt: 445.000, Soll-Stand: 483.000**

### Scharping

#### Umbau bis zum Jahr 2010:

- **282.000 Soldaten**, davon 200.000 Berufs- und Zeitsoldaten, 53.000 Wehrdienstleistende und 27.000 freiwillig länger Dienende (plus 2.000 Wehrübende); davon insgesamt 150.000 Krisenreaktionskräfte (80.000 kurzfristig, plus 70.000 Verstärkungskräfte)
- **80.000-90.000 Zivile Mitarbeiter**
- **Gesamt: 362.000-372.000**, d.h. 73.000-83.000 weniger Bedienstete als beim derzeitigen Ist-Stand (davon 33.000 weniger Soldaten als beim derzeitigen Ist-Stand)

### CDU

- **Nicht weniger als 300.000 Soldaten**, davon 100.000 Wehrdienstleistende; davon insgesamt 100.000 Krisenreaktionskräfte (zuzüglich Anteile von Marine und Luftwaffe)
- **100.000 Zivile Mitarbeiter langfristig**
- **Gesamt: nicht unter 400.000** (davon maximal 15.000 Soldaten weniger als beim derzeitigen Ist-Stand)

### Begründung

- Die CDU vertritt die Auffassung, dass die von Scharping vorgesehenen Einschnitte bei der Anzahl der Soldaten nicht sicherheitspolitisch, sondern haushaltspolitisch begründet sind. Scharpings Personalplanung folgt dem Eichelschen Finanzdiktat.

■ Für die Landes- und Bündnisverteidigung (die Kernaufgabe der Bundeswehr) sowie für Konfliktprävention und Kriseneinsätze ist die von der CDU geforderte Truppenstärke nötig. Deshalb plädiert auch die CDU für eine Ausweitung der Zahl der Krisenreaktionskräfte, wendet sich aber gegen eine zu weitgehende Reduzierung des gesamten Streitkräfteumfangs.

■ Eine steigende Zahl von Aufgaben darf nicht einer stetig abnehmenden Zahl von Soldaten zugemutet werden. Hier ist nicht nur an die Auslandseinsätze z.B. im ehemaligen Jugoslawien zu denken. Eine neue Anforderung an die Bundeswehr ist auch die – von der CDU begrüßte – schnelle Eingreiftruppe der Europäischen Union, die bis 2003 einsatzbereit sein soll und für die Deutschland sich bereit erklärt hat, 18.000 Mann zu stellen.

## 2. Wehrpflicht

### Ist-Stand

- ca. 126.000 Wehrdienstleistende (einschließlich freiwillig länger Dienstleistende)
- 10 Monate Wehrdienst

### Scharping

- 80.000 Wehrdienstleistende (einschließlich freiwillig länger Dienstleistende, ab 2010)
- Kürzung des Wehrdienstes von 10 auf 9 Monate ab 2001 (auf Wunsch ableistbar in zwei Teilen: 6 + 3 Monate)
- pro Wehrpflicht

### CDU

- ca. 100.000 Wehrdienstleistende (einschließlich freiwillig länger Dienstleistende)

■ 9 Monate Wehrdienst (Flexibilisierung der Regelungen über die Ableistung des Dienstes, d.h. Dienst kann für eine geringen Prozentsatz an Wehrpflichtigen aus triftigen Gründen auch in zwei Phasen geleistet werden)

- pro Wehrpflicht

### Begründung

Die CDU hält die Wehrpflicht in der weiterentwickelten und flexibilisierten Form aus folgenden Gründen für bewahrenswert:

- Sicherheitspolitisch zur Vorsorge notwendig
- Aufwuchsfähigkeit (Reservistenpotential)
- Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft (Bürger in Uniform),
- Nachwuchsgewinnung.

Scharpings Wehrpflichtkonzept stellt die sogenannte Wehrgerechtigkeit in Frage. Nicht mehr alle jungen Männer eines Jahrgangs werden eingezogen werden können, wenn nach Scharpings Plänen die Zahl der Wehrdienstplätze so schnell und so weit gekürzt wird. Gleichzeitig wird das Problem der Wehrgerechtigkeit dadurch verschärft, dass die Anzahl der Wehrpflichtigen eines Jahrgangs noch bis zum Jahr 2008 stetig ansteigt und erst danach absinkt. Damit stellt Scharping – vor allem aus finanziellen Gründen – die Allgemeine Wehrpflicht in Frage, obwohl er sich stets zu dieser bekennt.

Die Allgemeine Wehrpflicht ist ins Gereckommen. Jetzt rächt sich, dass Scharping der notwendigen Debatte um die Zukunft der Bundeswehr und damit auch der Allgemeinen Wehrpflicht ausgewichen ist.

So äußerte Bundespräsident Rau bei der Kommandeurstagung der Bundeswehr am 14. November 2000 zum Thema Abschaffung der Wehrpflicht: „Zu den Auslösern

solcher Überlegungen gehört auch die grundlegende Bundeswehrreform ... und Fragen der Wehrgerechtigkeit.“ Niemand dürfe sich „darüber wundern, dass inzwischen die Frage lauter gestellt wird, ob und in welcher Form die Wehrpflicht fortbestehen soll“.

Ähnlich ließ sich auch der Wehrbeauftragte, Winfried Penner (SPD), aus: „Zerbröckelt nicht das politische Fundament für Wehrpflicht, wenn Wehrgerechtigkeit Schaden nimmt, weil zunehmend weniger der Wehrpflicht nachkommen müssen?“ – „Kann von der allgemeinen Wehrpflicht überhaupt noch gesprochen werden, wo doch der immer größere Teil eines Jahrgangs gar nicht eingezogen wird?“ (Deutscher Bundestag, 26. 10. 2000)

### 3. Finanzierung

#### Ist-Stand

■ Verteidigungshaushalt 2000: 47,3 Mrd. DM (darin eingerechnet 2 Mrd. DM aus dem Allgemeinen Bundeshaushalt für den Auslandseinsatz der Bundeswehr im Kosovo). Der letzte Haushalt der ehemaligen Bundes-

regierung betrug 47 Mrd. DM (1998), einschliesslich der Kosten für Auslandseinsätze. Diese waren zur damaligen Zeit allerdings noch nicht so umfangreich wie heute.

■ Deutschland wird beim Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttosozialprodukt im nächsten Jahr die vorletzte Position in der NATO einnehmen.

#### Scharping

■ Verteidigungshaushalt 2001: 46,8 Mrd. DM (2003: 45,7)

■ Scharping hofft, 1 Mrd. DM im Verteidigungshaushalt durch Verkäufe, Rationalisierung und Kooperationen mit der Privatwirtschaft zu erwirtschaften. Wesentliches Instrument dieses Zieles:

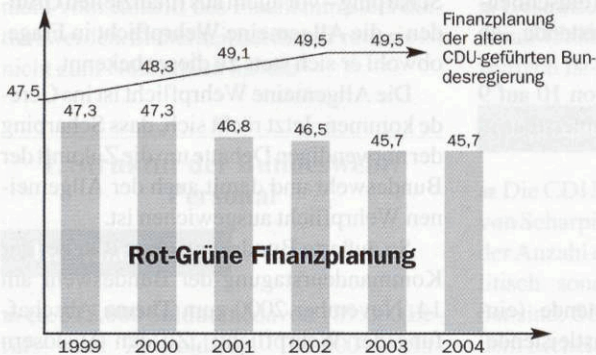
Die von Scharping in Rahmen der Bundeswehr gegründete **GEBB** (Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb - siehe: 3.a).

#### CDU

■ **Kritik:** Rot-grün entzieht dem Verteidigungsministerium im Vergleich zur letzten vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung der ehemaligen Bundesregierung innerhalb von vier Jahren fast 20 Mrd. DM bis zum Jahr 2003.

■ **Kritik:** Übertragung von 2 Mrd. DM für den Kosovo-Einsatz aus dem Allgemeinen Bundeshaushalt in den Finanzetat des Verteidigungsministeriums ist ein Buchungstrick, der nicht dazu führt, dass das Verteidigungsministerium mehr Geld zur Verfügung hat.

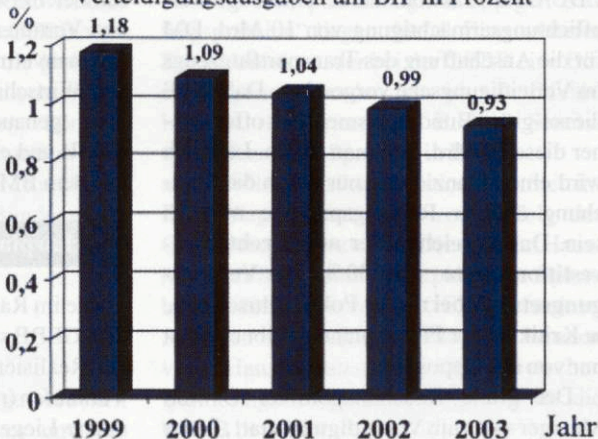
#### Sinkender Verteidigungsetat unter Rot-Grün



■ **Forderung:** 2 Mrd. Anschubfinanzierung für Modernisierung und für Investition in neues Gerät (dies wurde auch von der von Scharping eingesetzten sog. Weizsäcker-Kommission gefordert)

■ **Forderung:** Orientierung an der letzten vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung der ehemaligen Bundesregierung, d.h. moderater Aufwuchs der Finanzmittel für die Bundeswehr auf ca. 50 Mrd. DM bis zum Jahr 2003

Entwicklung des Anteils der geplanten Verteidigungsausgaben am BIP in Prozent



## Begründung

### Die Bundeswehr ist unterfinanziert:

■ Scharping trat sein Amt mit dem Versprechen des Bundeskanzlers an, in seinem Etat würde nicht gekürzt. Dieses Versprechen hat der Kanzler gebrochen – und Scharping hat es sich bieten lassen. Auch bei der Verteilung der Erlöse aus den UMTS-Lizenzen hat Scharping nicht gekämpft. Ein Minister mit Rückgrat wäre bei den ständigen Niederlagen gegen den Finanzminister zurückgetreten.

■ In der Bundeswehr gibt es einen Investitionsstau von ca. 20 Mrd. DM. Dies räumt auch die Bundesregierung ein. Die immer wieder vorgetragene Kritik Scharpings, er habe diesen Investitionsstau von der Vorgängerregierung „geerbt“, ist nur zu einem geringeren Teil glaubwürdig. Scharping „vergisst“ bewusst, dass mit der Auflösung der ehemaligen NVA gerade der Verteidigungsetat erhebliche Lasten zu tragen hatte.

■ Scharping ist mittlerweile über 2 Jahre im Amt. Für die unzulängliche Finanzausstattung seines Ministeriums die Vorgängerregierung verantwortlich zu machen, ist lächer-

lich. De facto wird der Verteidigungsetat von rot-grün als Steinbruch des Bundeshaushalts benutzt. Scharping kann sich nicht gegen das Eichelsche Finanzdiktat durchsetzen.

■ Scharpings Hoffnung, durch Personaleinsparungen Geld sparen zu können, ist trügerisch: Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Personalkosten trotz Personaleinsparungen im Durchschnitt bei 50% des Verteidigungsetats lagen, weil die Einsparungen durch Besoldungserhöhungen und Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Soldatenberufs (Scharping rechnet bzgl. der Attraktivitätsmaßnahmen selber mit 300-600 Mio. DM p.a.) aufgezehrt worden sind.

■ Zudem dürfte Scharping der geplante Personalabbau nicht ohne kostenträchtige Maßnahmen wie gesetzliche und tarifvertragliche Frührentenregelungen für Soldaten und zivile Mitarbeiter gelingen.

■ Beispiel für unzulängliche Finanzierung: Im ersten Haushaltsentwurf Scharpings für das Jahr 2001 fehlte jeder Etatposten für das neue Transportflugzeug Airbus A 400 M, obwohl Scharping sich gegenüber europäischen Partnern auf die Beschaffung von 73 Ma-

schinen festgelegt hat. Erst auf Drängen der CDU/CSU-Fraktion wurde eine sog. Verpflichtungsermächtigung von 10 Mrd. DM für die Anschaffung des Transportflugzeugs im Verteidigungsetat vorgesehen. Dabei ließ die rot-grüne Bundestagsmehrheit offen, woher diese 10 Mrd. kommen sollen. Letztlich wird eine Finanzierung nur durch die Streichung anderer Rüstungsprojekte möglich sein. **Das Erreichen der angestrebten Investitionsquote von 30% im Verteidigungsetat ist bei dieser Politik illusorisch.**

■ Kritik an der Finanzplanung gibt es nicht nur von der Opposition:

Der grüne Haushaltspolitiker Oswald Metzger sagt zum Verteidigungsetat: „In der Gesamtschau ... nicht nachvollziehbar.“ (SZ vom 12.9.2000)

Ebenso äußert sich der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Oberst Bernhard Gertz: „Die entscheidende Schwäche in Scharpings Plänen ist, dass er für die von ihm entschiedene Struktur kein seriöses Finanzierungsmodell hat.“ (Hamburger Abendblatt, 23.12.2000)

■ Kritik wird auch von den Bündnispartnern Deutschlands geübt:

US-Verteidigungsminister Cohen und NATO-Generalsekretär Robertson fordern mit deutlichen Worten erhöhte Verteidigungsanstrengungen Deutschlands.

### 3.a Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (GEBB)

#### Ist-Stand

■ GEBB: Eine privatwirtschaftlich organisierte GmbH im vollständigen Besitz des Bundes (Verteidigungsministerium als alleiniger Gesellschafter), die am 1. September 2000 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. „Arbeits-

grundlage“ für die GEBB ist der am 15. Dezember 1999 zwischen der Bundesregierung und Vertretern der Industrie abgeschlossene Rahmenvertrag über „Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit in der Bundeswehr“. Eine genaue Aufgabenbeschreibung der GEBB und ein Vertrag zwischen der GEBB und dem BMVg liegen bis heute nicht vor.

#### Scharping

■ Die im Rahmen der Bundeswehr gegründete GEBB soll ein wesentliches Instrument zur Realisierung von Privatisierungen und Verkäufen (nicht benötigtes Material, ungenutzte Liegenschaften) und Kooperationen mit der Privatwirtschaft sein.

#### CDU

■ Eine stärkere Kooperation mit der Privatwirtschaft, Rationalisierung und Outsourcing, Verbrauch nicht benötigter Materials und ungenutzter Liegenschaften – all dies wird auch von der CDU befürwortet! Ausnahmen sind hoheitliche oder besonders sicherheitsempfindliche Bereiche auf nationaler wie internationaler und der Bündnisebene.

■ Das Ziel Scharpings, durch die Arbeit der GEBB 1 Mrd. DM p.a. erwirtschaften zu können, ist unrealistisch. De facto sind in den letzten Jahren die Privatisierungserlöse kontinuierlich zurückgegangen.

■ Scharping steht mit dem Ziel der Kooperation mit der Privatwirtschaft in der Tradition christdemokratischer Politik. Schon unter Verteidigungsminister Volker Rühle wurde im Jahr 1984 das Programm zur Aufwandsbegrenzung und Rationalisierung aufgelegt. Durch interne Optimierung sollten schlanke Verwaltungsstrukturen geschaffen werden, wobei von Anfang an die Zusammenarbeit mit der Industrie gesucht wurde.



■ Scharping scheint Aufträge zukünftig vermehrt über die Privatwirtschaft abwickeln zu wollen, um Erfolge bei der GEBB verkünden zu können, auch wenn die gleichen Leistungen günstiger durch Bedienstete der Bundeswehr erbracht werden können. Schon jetzt gibt es Klagen von Bundeswehrbediensteten, die von einer nicht zu rechtfertigenden Benachteiligung von Bundeswehreinheiten bei Ausschreibungen von Aufträgen sprechen.

### Begründung

■ Nach den bislang bekannt gewordenen Arbeitsergebnissen erscheint es unwahrscheinlich, dass 2001 1 Mrd. DM erwirtschaftet werden können. Das Verteidigungsministerium musste vor kurzem einräumen, dass die GEBB bis dato lediglich Verträge über fünf Pilotprojekte abgeschlossen habe. Dabei steckt hinter diesem Begriff lediglich, dass festgestellt werden soll, ob die private Wirtschaft eine Leistung günstiger als die Bundeswehr anbieten kann.

■ Von fast 450 Unternehmen, die den Rahmenvertrag vor einem Jahr unterzeichneten, haben bislang nur wenige große Unternehmen einen Auftrag erhalten. Der Rest, vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, ist leer ausgegangen. Vertreter der Wirtschaft sprachen im Rahmen einer Veranstaltung, bei der eine Einjahresbilanz des Rahmenvertrages gezogen wurde, davon, dass Dinge „nicht ganz so gut gelaufen sind“ (FAZ, 14.12.2000).

■ Die von Scharping in Rahmen der Bundeswehr gegründete GEBB fungiert z.Z. eher als eine Versorgungsstation für altgediente Sozialdemokraten. Geschäftsführerin ist Dr. Annette Fugmann-Heesing, über deren Gehalt sich das Verteidigungsmini-

sterium ausschweigt, das aber bei ca. 500.000 DM p.a. zuzüglich üppiger „Erfolgprämien“ liegen dürfte. Eine weiterer Sozialdemokrat, der bei der GEBB eine Beschäftigung gefunden hat, ist z.B. Eduard Heußen, stellvertretender Berliner Senats- und früherer SPD-Sprecher in Bonn.

■ Auch die rot-grüne Koalitionsmehrheit im Bundestag scheint nicht vom Erfolg der GEBB überzeugt zu sein: Die eigenen Haushaltspolitiker haben Scharping eine Sperre bei der Finanzierung der GEBB verordnet. Statt der vorgesehenen 30 Mio. DM wurden vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags lediglich 15 Mio. DM für die GEBB bewilligt.

■ Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft ist sinnvoll, doch sollte sie nicht in jedem Fall und nicht über die Köpfe der Soldaten und Zivilbediensteten der Bundeswehr hinweg geschehen. Die Schaffung von Sicherheit kann nicht allein unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen werden, denn sie ist eine originär hoheitliche Aufgabe.

## 4. Standorte der Bundeswehr

### Ist-Stand

■ 600 Standorte

### Scharping

■ Standorte bleiben weitgehend erhalten, Kleinststandorte mit bis zu 50 Soldaten und zivilen Mitarbeitern könnten in größerer Zahl geschlossen werden.

■ Das neue Stationierungskonzept soll nach der Entscheidung Scharpings Ende Januar 2001 im Deutschen Bundestag vorgestellt werden. Im ersten Quartal 2001 sollen dazu die Bundesländer konsultiert werden und im

zweiten Quartal 2001 eine abschließende Entscheidung zur Stationierung der Bundeswehr getroffen werden.

## CDU

■ Die Stationierung der Bundeswehr in der Fläche ist beizubehalten.

■ Da die CDU nicht für so weitgehende Kürzungen bei der Anzahl der Soldaten und zivilen Mitarbeiter eintritt wie Scharping, wären umfangreiche Standortschließungen nicht erforderlich.

## Begründung

■ Die Stationierung in der Fläche ist wichtig, wenn die Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft weiterhin gewährleistet werden soll. Insbesondere für strukturschwache Gebiete sind die Bundeswehrstandorte zudem ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

■ Scharping wird bei Standortschließungen und -verkleinerungen auch in den Bestand größerer Standorte eingreifen müssen. Scharping selber musste einräumen, dass bereits die Schließung von 47 Standorten beschlossen sei. Darüber hinaus stünden noch „163 Kleinststandorte und 440 Standorte in einer Größenordnung zwischen 50 und 12000 Mann“ auf dem Prüfstand (Bild, 13. 1. 2001).

■ Eine Schließung von insgesamt über 160 Kleinststandorten (bis zu 50 Soldaten) erbringt eine maximale Personaleinsparung von 8.300 Soldaten (wobei die Standorte nicht über die hier durchschnittlich zugrunde gelegten 50 Mann verfügen); d.h. die umfangreiche Personalreduzierung, die Scharping vorsieht, muss noch in anderen Standorten bzw. durch die Schließung anderer Standorte erreicht werden. Reduzierungen um z.B. 35% bei den Kampfpanzern und 25% bei den Schützenpanzern lassen sich betriebswirtschaftlich sinn-

voll nur dann lösen, wenn es zu Umstrukturierungen und damit auch zu Schließungen bei größeren Standorten kommt.

## 5. Streitkräftebasis

### Ist-Stand

■ Die Streitkräftebasis soll eine neue Teilstreitkraft innerhalb der Bundeswehr werden.

### Scharping

■ Zusammenfassung und teilstreitkräfteübergreifende Wahrnehmung von zentralen Aufgaben in den Bereichen Führung, Aufklärung, Ausbildung und Unterstützung soll zur Effizienzsteigerung führen. Nach Heer, Marine, Luftwaffe und Sanitätsdienst ist die Streitkräftebasis gewissermaßen die 5. Teilstreitkraft.

■ Insgesamt soll die Streitkräftebasis ca. 50.000 Soldaten umfassen (davon z.B. 31.000, die vom Heer überführt werden).

### CDU

■ Prinzipielle Befürwortung des Vorschlags Scharpings, allerdings unter dem Vorbehalt der Prüfung der praktischen Umsetzung.

■ Es muss Sorge getragen werden, dass die Streitkräftebasis nicht zu stark aufgebläht wird, um eine übermäßig zentralistische und damit wieder ineffiziente Bürokratie zu vermeiden.

### Begründung

■ Auch die CDU spricht sich für Rationalisierung und Privatisierung in der Bundeswehr aus, wo immer dies außerhalb hoheit-

licher und besonders sicherheitsempfindlicher Bereiche auf nationaler sowie internationaler und auf der Bündnisebene möglich und sinnvoll ist.

Die Zusammenfassung bislang dezentraler Einheiten in einer einheitlichen Struktur kann zur Optimierung von Abläufen und zu Einsparungen führen. Allerdings sollten die notwendigen Massnahmen nicht gegen, sondern mit den Soldaten und zivilen Mitarbeitern der Bundeswehr umgesetzt werden.

■ Dabei ist im Auge zu behalten, dass jeder Umbau – auch im administrativen Bereich – „Anlaufkosten“ verursacht (z. B. durch Versetzung von Bediensteten, „Reibungsverluste“ beim Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen), was in Scharpings Finanzplanung nicht vorgeesehen ist.

## 6. Frauen in der Bundeswehr

### Ist-Stand

- ca. 4.500 Frauen leisten schon Dienst im Sanitätswesen und im Musikcorps
- Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 11. Jan. 2000 musste auch der Waffendienst in der Bundeswehr für Frauen geöffnet werden. Grund: Das Verbot des Waffendienstes für Frauen verstieß gegen die Gemeinschaftsrichtlinie der EU über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern.
- Art. 12a GG wurde am 27. Okt. 2000 mit Zustimmung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geändert: Anstatt Frauen „dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten“ heißt es nun: Frauen „dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden“. Der Bundesrat hat dieser GG-Änderung am 1. Dez. 2000 zugestimmt.

■ Am 2. Jan. 2001 traten ca. 244 Frauen ihren Dienst zur Ausbildung in der Bundeswehr an (Mannschaft- und Unteroffiziersgrad). Am 1. Juli 2001 sollen die ersten Offiziersanwärterinnen den Dienst aufnehmen.

■ Bei der Einstellung der Frauen gilt die Regel: Nach Eignung, Befähigung und Leistung sind grundsätzlich alle Dienste in der Bundeswehr für Frauen offen. Es gibt keine Quote. Auf Wunsch der bereits Dienst tuenden Frauen wurde eine Einschränkung gemacht: Keine Frau soll allein in einer Einheit Dienst leisten müssen, um einer Vereinzelung entgegenzuwirken.

### Scharping

- gemäß obigem Ist-Stand

### CDU

- gemäß obigem Ist-Stand

### Begründung

- Die Öffnung aller Dienstmöglichkeiten bei der Bundeswehr für Frauen bedeutet die Abschaffung eines der letzten geschlechtsspezifischen Berufsverbote.
- Die Möglichkeit der Frauen, in der Bundeswehr Dienst leisten zu können, ist keine Begründung für die Abschaffung der Wehrpflicht. Dies gilt juristisch, aber auch politisch, da der Wehrdienst immer noch als ein Ausgleich für die Nachteile gesehen werden kann, die Frauen im gesellschaftlichen Leben tragen (schlechtere Karrierechancen wegen möglicher Kinder und Kindererziehung, oftmals schlechteres Gehalt bei gleicher Qualifikation, entsprechende Auswirkungen auf die Rentenbiographie).

GENERAOLSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

## Ja zur Reform – Nein zum Kahlschlag

Die Bundeswehr muss sich weiter an die geänderte sicherheitspolitische Lage anpassen. Deshalb sagen wir: Ja zur Reform, aber Nein zum Kahlschlag. Die von Scharping geplante Reduzierung der Bundeswehr um etwa 100.000 Soldaten und Zivile Mitarbeiter geht zu weit. Die CDU fordert mindestens 300.000 Soldaten, damit nicht immer mehr Aufgaben auf immer weniger Schultern verteilt werden. Da die Landes- und Bündnisverteidigung der Kernauftrag der Bundeswehr bleibt, ist diese Truppenstärke zur langfristigen Sicherheitsvorsorge nötig.

Rot-Grün entzieht dem Verteidigungsetat im Vergleich zur letzten Finanzplanung der CDU-geführten Bundesregierung fast 20 Mrd. DM in 4 Jahren bis 2003. Eine Investitionsquote von 30% im Verteidigungsetat, die von allen Verteidigungspolitikern gefordert wird, ist damit utopisch. Rot-Grün blutet die Bundeswehr aus. Deshalb fordert die CDU 2 Mrd. DM als Anschubfinanzierung für Modernisierung und Investitionen.

Gleichzeitig gefährdet Scharping die Wehrpflicht. Wenn die Zahl der jungen Männer steigt und zugleich die Wehrdienststellen gekürzt werden, leidet die Wehrgerechtigkeit: Immer mehr Männer werden den Wehrdienst nicht antreten müssen. Scharpings Votum für die Wehrpflicht entpuppt sich so als Lippenbekenntnis.

Scharpings Pläne sind zudem das Aus für viele Standorte und Kasernen. Damit gefährdet er die Stationierung der Bundeswehr in der Fläche, die für die Einbindung der Truppe in die Gesellschaft wichtig ist. Standort-schließungen bedeuten für viele Soldaten und Zivilbedienstete der Bundeswehr einen tiefen Einschnitt in ihre Lebensplanung.